

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

22.3.1927 (No. 68)

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. Mend,
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühren. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Preise und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die „nationale“ Bewegung

Das Verhältnis zwischen den Deutschnationalen und den Verbänden, welche sich als die Träger der sogenannten „nationalen Bewegung“ fühlen, hat sich in den letzten Monaten immer mehr zugespitzt. Die Tatsache, daß die Deutschnationalen nun auf einmal die bisher so geschmähte Außenpolitik des Reiches verantwortlich mitmachen und durch die Namen ihrer Minister kontrastieren lassen, genügt schon allein, um diese Verschlechterung des Verhältnisses zu erklären. Die rechtsgerechten Verbände wollen und können es nur schwer begreifen, daß man jetzt auf einmal das befürworten soll, was man bisher abgelehnt hat. Und die Leiter der einzelnen Organisationen sind sicher geschickter genug, um sich zu sagen, daß es zu einer völligen Zerrüttung der Verbandsdisziplin und zu einer Verwüstung des Begriffs der Überzeugungstreue führen muß, wenn man den Anhängern derartige Schwelungen zumutet. Diese Anhänger sind doch schließlich den Rechtsverbänden beigetreten, weil ihnen die Außenpolitik des Reiches nicht gefiel.

Und so ist es nicht weiter verwunderlich, daß im gesamten Bereich der Rechten die einzelnen Organisationen mit den größten inneren Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die sogenannte „völkische Bewegung“ ist ja ohnehin so gut wie erledigt. Die inneren Zwistigkeiten haben hier eine Form angenommen, daß man nur noch im Ton der Satire von ihnen sprechen kann. Was sich heute noch „völkische Bewegung“ nennt, ist geradezu eine Karikatur auf das Ideal der Einmütigkeit und der Geschlossenheit. In den Parlamenten, voran im Reichsparlament, spielt denn auch die deutschvölkische Bewegung überhaupt keine Rolle mehr.

Die sogenannten „vaterländischen Verbände“ sind, wie allerdings viele nicht wissen, von jeher nur ein großartig aufgepflanztes Gebilde gewesen, hinter dem ziffermäßig nur eine geringe Macht stand. Die Wehrverbände sind aufgelöst, und die Reichsregierung wird getreu ihrem Versprechen dafür sorgen, daß diese Verbände nicht unter neuem Namen ihr gefährliches Spiel wieder beginnen. Ihre Mitglieder sind zum größten Teil dem „Stahlhelm“ zugewandert. Der „Stahlhelm“ ist zur Zeit neben dem „Jungdeutschen Orden“, der jedoch eine sehr bedeutsame innere Krise durchmacht und vielleicht aus der Reihe der rechtsradikalen Verbände ganz ausscheiden wird — die stärkste Verbandsorganisation auf der Rechten.

Wie es heißt, ist das Hineintrömen der Mitglieder der aufgelösten Wehrverbände in den „Stahlhelm“ gleichbedeutend gewesen mit einer erheblichen Radikalisierung des „Stahlhelms“. Es ist selbstverständlich, daß sich mit einer solchen Radikalisierung die augenblicklich herrschende Tendenz in der Leitung der Deutschnationalen Volkspartei nur sehr schwer vereinigen läßt. Zweifellos wird es in nächster Zeit noch zu scharfen Auseinandersetzungen kommen zwischen dem „Stahlhelm“ und den Deutschnationalen, bzw. zwischen all den Elementen auf der Rechten, welche den neuen Staat bis aufs Messer bekämpfen möchten, und den anderen Elementen, die aus opportunistischen Gründen zur Mitarbeit im neuen Staat bereit sind.

Die Forderung, die Deutschnationale Volkspartei solle ihre Reichsminister zu ganz bestimmten Zugeständnissen an die Stahlhelmbewegung veranlassen, hat Graf Westarp abgelehnt, da „bereits Bindungen nach der anderen Seite eingegangen seien“. Bei dieser Gelegenheit hat Graf Westarp den Satz ausgesprochen, es „sehe mit der nationalen Bewegung überhaupt sehr böse aus“, und man lege sich mit Sorge die Frage vor, ob bei einer Neuwahl des Reichspräsidenten wieder ein gleicher Erfolg, wie der bei der Hindenburgwahl zu erreichen sein werde. Graf Westarp soll dann auch auf die Spaltungsgefahr innerhalb seiner eigenen Partei hingewiesen haben.

Aus den Worten des Grafen Westarp gewinnt man jedenfalls den Eindruck, daß er auch den „Stahlhelm“ als den 3. B. stärksten Träger der sogenannten „nationalen Bewegung“ nicht für so machtvoll hält, um ihm eine Belebung dieser Bewegung zuzutrauen. Und in der Tat vernimmt die Öffentlichkeit alle Augenblicke von schweren Differenzen, die in der Leitung des „Stahlhelms“ ausgetragen werden. So ist letzthin der politische Referent seines Amtes enthoben worden mit der Begründung, er habe sich „im Sinne der Deutschen Volkspartei betätigt“. Und der bisherige Bun-

desführer Selbste, der heftig angegriffen wurde, hat sich nur dadurch rechtfertigen können, daß er irgendeine Verbindung mit Stresemann aufs bestmögliche abgeleugnet hat.

Im übrigen ist der „Stahlhelm“ umorganisiert worden. Er soll künftig in drei Teile zerfallen: den „Kern-Stahlhelm“ (die ehemaligen Frontsoldaten), den „Ring-Stahlhelm“ (die sonstigen Mitglieder über 21) und den „Jung-Stahlhelm“ (Personen zwischen 17 und 21 Jahren). In der Propaganda soll auf die Gewinnung Jugendlicher der Hauptnachdruck gelegt werden. Und zwar will man die Jugend durch sportliche Betätigung gewinnen. Der Anschluß an eine politische Partei soll vermieden werden. Politisches Ziel des Bundes ist nach wie vor die „Erlangung der Macht“ und die „innere Befreiung des Vaterlandes“. Die „Westpolitik“ wird bekämpft, und die sogenannte „Ostpolitik“ empfohlen. Ferner will man versuchen, recht viele Arbeiter zu gewinnen.

Es ist klar, daß der „Stahlhelm“ eine dem heutigen Staat feindliche Organisation ist. Und so hat denn auch Kapitänleutnant Ehrhardt neulich in Koburg ausdrücklich erklärt, es sei zwar unmöglich, mit Gewalt den heutigen Staat umzukrempeln, aber eine Änderung der heutigen Staatsverhältnisse könne sehr gut durch intensive Kleinarbeit herbeigeführt werden; deshalb müsse man in den jetzigen Staat hinein. Und an diesem Punkte beginnt die Unaufrichtigkeit. Die Mitarbeit des „Stahlhelms“ am neuen Staate ist, sofern sie überhaupt versucht wird, nicht ehrlich gemeint, sondern dient lediglich dem Zweck der Unterhöhlung der Republik von innen heraus.

Für die Deutschnationale Volkspartei entsteht nun das Problem, wie sie sich mit alledem abfinden will. Denn parteipolitisch dürfte ja das Gros der wahlberechtigten Stahlhelmanhänger dieser Partei angehören. Einsteigen hat man eine Formel gefunden, die den Zwiespalt überbrücken soll, die allerdings auch ihrerseits mit dem Odium der Unaufrichtigkeit behaftet ist. Man will offiziell die Politik der Reichsregierung, die sich auf den bekannten Richtlinien des Zentrums bewegt, unterstützen, aber bei der Agitation im Lande die bisherige Polemik fortsetzen. Es versteht sich von selbst, daß ein derartiges Doppelspiel praktisch nicht durchführbar ist. Man kann nicht offiziell erklären, daß man für die Stresemannsche Außenpolitik und für Genf ist, und hinterher dem Wähler einreden, diese selbe Politik sei falsch und demgemäß zu bekämpfen. Die Antwort der Wähler darauf wird immer lauten: „Wenn ihr diese Außenpolitik für schlecht haltet, dann bekämpft sie gefälligst selbst im Reichskabinett. Tut ihr das nicht, so seid ihr eben eine Partei der Halbheiten, der wir am besten so rasch wie möglich den Rücken kehren!“

Der Städtetag zur Getränkesteuer

Der Deutsche Städtetag hat im Reichstag nochmals dringlichste Vorstellung für die Aufrechterhaltung und gleichmäßige Zulassung der Getränkesteuer erhoben. Breite Volksschichten leiden schwer unter den Auswirkungen der sozialen Krise; ungeheure Fürsorgeausgaben belasten den Haushalt der Gemeinden. Das Haushaltsjahr schließt darum bei den Städten mit schweren Fehlbeträgen ab, weil schon die jetzigen Einnahmen nicht ausreichen, um die Lasten zu decken. Trotzdem werden die größten Anstrengungen gemacht, die Getränkesteuer zu Fall zu bringen, obwohl alle Beteiligten wissen, daß eine vollwertige Entschädigung für den Ausfall der Reichsfinanzen aufs schwerste belasten würde. Der Fortfall der Getränkesteuer würde erfahrungsgemäß eine Senkung des Preises der Massenge tränke mit sich bringen, der Vorteil also lediglich einem kleinen Kreise an dem Getränkegewerbe interessierter Personen zufallen. Wird die Getränkesteuer beseitigt, so muß die Grundsteuer und die Gewerbesteuer, deren Senkung den Städten am Herzen liegt, außerordentlich erhöht werden. Eine Belastung des Hausbestandes und der schwachen Teile des Gewerbes zugunsten eines besonders gutgehenden Gewerbebezuges ist also die Folge.

Die Einnahme Shanghais

Die chinesischen Söldnertruppen haben Shanghai eingenommen und die Chinesenstadt bis zur Grenze der internationalen Niederlassungen besetzt, zu deren Schutz die verschiedenen Mächte weitere Truppen landeten. Es kam auch zu Zusammenstößen mit Plünderern und anderen Zwischenfällen, bei denen ausländische Soldaten und Zivilisten verunndet und getötet wurden. Die Nordtruppen zogen sich in Unordnung flüchtend zurück, Nanjing soll bereits von ihnen geräumt sein. In Shanghai fehlte als Sympathiebekundung für die siegreichen Söldnertruppen ein Generalkrieg.

W.D. Shanghai, 22. März (Tel.) Reuter. Die Räumung von Nanjing durch die ausländischen Frauen und Kinder hat heute bei Tagesanbruch begonnen.

Die neue Balkankrise

Die Stellung Deutschlands

Die Pariser Habas-Meldung, daß Votschafter v. Dösch bei Vertelot gewesen sei, um wegen der Einberufung des Völkerbundsrats in dem Balkankonflikt zu unterhandeln, stellt sich — wie in Berlin erklärt wird — als ein Verjud dar, Deutschland auf Grund des deutschen Votschafteres in die italienisch-jugoslawische Krise hineinzuziehen. Votschafter v. Dösch habe weder durch eine Anregung, noch durch eine Anfrage in dieser Beziehung die Initiative ergriffen. Den Berliner Blättern wurde mitgeteilt, daß Deutschland an den jetzigen Balkandifferenzen völlig uninteressiert sei und daß die deutsche Regierung kein Mittel unversucht lassen werde, um ein Hineinziehen der deutschen Politik in die Balkangelegenheiten zu verhindern. Die Einberufung des Völkerbundsrates sei übrigens Sache des Generalsekretärs, wenn ein Antrag irgend eines Mitgliedes vorliege.

Auch die Londoner Meldungen, wonach der deutsche Votschafter in London eine Anfrage bezüglich der Stellung der englischen Regierung zur Einberufung des Völkerbundsrates gestellt habe, treffen nicht zu. Nach Artikel 11 des Völkerbundsstatuts ist jedes Staatsmitglied zur Einberufung des Völkerbundsrates berechtigt. Als Einberufer würde naturgemäß in dem vorliegenden Falle ein drohendes Konflikt auf dem Balkan entweder Serbien oder Italien, oder eine andere stark interessierte Macht in Frage kommen. Die Tatsache, daß Deutschland zur Zeit formal den Vorsitz des Völkerbundsrates führt, spielt demgegenüber keine Rolle.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses beantragt.

Die italienisch-jugoslawische Spannung

Die gegenseitigen Beschuldigungen werden übrigens fortgesetzt. Jugoslawien lehrt nun den Titel um und spricht von militärischen Vorbereitungen Italiens längs der Grenze. Im jugoslawischen Parlament kam es zu einem ersten Zwischenfall. Ein Abgeordneter beschuldigte den in der Diplomatenloge anwesenden italienischen Gesandten der Spionage. Die Regierung sprach darüber bereits ihr Bedauern aus und die Spuchchina schloß den Abgeordneten für drei Sitzungen aus.

W.D. Paris, 22. März (Tel.) Habas berichtet über die im Laufe des gestrigen Vormittags geführten Verhandlungen zwecks freundschaftlicher Beilegung des italienisch-serbischen Konflikts. Die englische Regierung habe ihren Standpunkt noch nicht mitgeteilt. Italienischerseits scheint die Verweisung der Angelegenheit an den Völkerbund keine sehr eifrigere Zustimmung zu finden. Es bleiben übrigens noch andere Vermittlungswege, so die Entsendung einer Abordnung der alliierten Militärräte in Belgrad an die serbisch-albanische Grenze, die sich an Ort und Stelle darüber zu unterrichten hätte, ob militärische Vorbereitungen getroffen worden seien oder nicht.

In politischen Kreisen scheint man die Krise nicht mehr als besonders beunruhigend anzusehen. Nach dem „Matin“ bestehen gute Gründe zu der Annahme, daß die italienische Regierung bestrebt sei, eine beunruhigende Situation aufzulösen. Deshalb habe auch der italienische Votschafter im Verlaufe der Unterredung, die er gestern mit Briand hatte, anscheinend keinen grundsätzlichen Einspruch gegen den jugoslawischen Vorschlag einer internationalen Enquete an der jugoslawischen Grenze erhoben. Wahrscheinlich wird heute im Verlaufe der Kammer Sitzung Briand den französischen Standpunkt zur italienisch-jugoslawischen Spannung darlegen.

Erhöhte Handelspassivität

Der deutsche Außenhandel zeigt im Februar im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuß von 339 Millionen RM. gegen 295 Millionen RM. im Vormonat. Die Einfuhr im reinen Warenverkehr ist im Februar gegenüber dem Vormonat nahezu unverändert geblieben; sie zeigt eine unwesentliche Erhöhung um 1 Million RM. gegenüber dem Vormonat. Dagegen hat die Ausfuhr die schon im vorigen Monat begonnene Abwärtsbewegung fortgesetzt. Bei der Einfuhr zeigen die Lebensmittel einen Rückgang um 27 Mill. RM. Dagegen ist die Einfuhr an Rohstoffen und Fertigwaren um je 14 Mill. RM. gestiegen. Bei der Warenausfuhr ist eine Abnahme um 43 Mill. RM. festzustellen. Davon entfallen 8 Mill. auf Lebensmittel, 13 Mill. auf Rohstoffe und 22 Mill. auf Fertigwaren.

Der Prozeß gegen Lange-Hegermann

Im großen Darmstadtprozeß begann am Montag, wie aus Berlin berichtet wird, die Verhandlung des zweiten Teiles der Anklage, die sich gegen den Reichstagsabgeordneten Lange-Hegermann richtet, der beschuldigt wird, gemeinsam mit dem verstorbenen Reichspostminister Dr. Hüffe den Reichsfiskus durch falsche Vorpiegelungen zur Vergabe eines Darlehens in Höhe von 2 Millionen M. veranlaßt zu haben. Die Anklage behauptet, daß Lange-Hegermann unter der Vorpiegelung, Kredite für das besetzte Gebiet zu brauchen, den jetzigen Reichspostminister, den damaligen Staatssekretär Dr. Schädel-München, bewegen habe, diese 2 Millionen Mark Kredite aus Summen, die der bayerischen Abteilung des Reichspostministeriums zur Verfügung standen, zu gewähren. Diese Kredite hätten jedoch tatsächlich zur Finanzierung der Württembergischen Papierfabrik Kettewitz in Sachfen gedient. Für den Kredit übernahm die Deutsche Württemberg, deren Aufsichtsrat Lange-Hegermann war, und an zweiter Stelle die Preussische Staatsbank die Bürgschaft der Post gegenüber. Die Bürgschaftserklärung der Staatsbank soll Herr Lange-Hegermann durch falsche Vorpiegelungen erhalten haben.

Deutscher Reichstag

BR. Berlin, 21. März.

Die zweite Lesung

des Haushalts des Reichsministeriums des Innern wird fortgesetzt und zwar bei den Abschnitten über die öffentliche Ordnung, die Polizei und die Technische Nothilfe.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) behauptet, daß sich gegenwärtig eine „Landesverratsseuche“ breitmache.

Abg. Dr. Mittelman (D. Vpt.) nimmt das Reichskommissariat für die öffentliche Ordnung gegen diese Angriffe in Schutz. Der Redner verweist darauf, daß der Osten stark unter polnischem Verbrechergesinde zu leiden habe.

Abg. Renner (Dem.) bedauert die geringe Einwirkungsmöglichkeit des Reiches auf die Polizei der Länder. Die Befolgung der Polizeibeamten müsse verbessert, ihre unklübbare Anstellung früher gewährleistet werden.

Reichsminister v. Neubell

beantwortet die Interpellationen: Die Deutschnationalen fragen nach der Nachführung des Reichsbanners in der Nacht vom 28. zum 29. Aug. v. J. bei Donaueschingen.

Abg. Meyer-Franken (Komm.) beklagt sich darüber, daß in Bayern jede öffentliche Versammlung und sogar das gesamte Vereinsleben der kommunistischen Partei unterbunden werde.

Abg. Schmidt-Röpench (Soz.) beantragt Aufhebung der Verordnung über das Streikverbot in lebenswichtigen Betrieben und Beseitigung der Technischen Nothilfe.

Badisches Landestheater

Tiefstand

Der etwas enge Opernspielkreis der letzten Monate soll, wie die Intendanten verlautbaren läßt, nach und nach erweitert werden. Den Anfang hat man nunmehr mit einer Reueinführung von „Tiefstand“ gemacht.

Abg. Dr. Feid (Kölk.) verlangt schieunige Zurückziehung des Hamburgischen Erlasses gegenüber Hitler (Medeverbot). Damit schließt die Aussprache.

die zweite Lesung des Postetat.

Reichspostminister Schädel betont, daß Deutschland seine Stellung in der Welt wieder erwerbe. Er erinnert an die kürzlich erfolgte Eröffnung des Fernverkehrs Emden-Ajora für den unmittelbaren Verkehr mit Nordamerika.

Abg. Seppel (Soz.) bedauert, daß 2000 neue Beamtenstellen in Gruppe IV abgelehnt worden seien, während die Länder ihre Beamten nach einer Reihe von Jahren ohne erneute Prüfung höher einstuften.

Abg. Eilotte (Zentr.) der Etat zeige, daß die Post zu sparen entschlossen sei, denn die Gesamtsumme sei um 12 Millionen niedriger als die des Vorjahres.

Abg. Morath (D. Vpt.) weist auf die Abhängigkeit der Wirtschaft von den Leistungen der Post hin.

Reichsminister Schädel betont, daß er dafür sorgen werde, daß seine Beamtenschaft im gleichen Schritt mit den anderen Beamten finanziell vorwärts schreiten werde.

Abg. Mollath (Wirtsch. Ver.) erklärt, seine Fraktion sei mit einer Erhöhung des Briefpostens nicht einverstanden.

Abg. Dr. Katsch (Dem.) erkennt die Fortschritte, die die Post gemacht habe, an.

Nach weiterer Debatte wird der Postetat bewilligt, ebenso der Etat der Reichsdruckerei und des Rechnungshofes.

Abg. Dr. Katsch (Dem.) wünscht die Beseitigung der Sonntagspost.

Abg. Dr. Katsch (Dem.) wünscht die Beseitigung der Sonntagspost.

Abg. Dr. Katsch (Dem.) wünscht die Beseitigung der Sonntagspost.

Abg. Dr. Katsch (Dem.) wünscht die Beseitigung der Sonntagspost.

Abg. Dr. Katsch (Dem.) wünscht die Beseitigung der Sonntagspost.

Abg. Dr. Katsch (Dem.) wünscht die Beseitigung der Sonntagspost.

Abg. Dr. Katsch (Dem.) wünscht die Beseitigung der Sonntagspost.

Abg. Dr. Katsch (Dem.) wünscht die Beseitigung der Sonntagspost.

Abg. Dr. Katsch (Dem.) wünscht die Beseitigung der Sonntagspost.

Abg. Dr. Katsch (Dem.) wünscht die Beseitigung der Sonntagspost.

Abg. Dr. Katsch (Dem.) wünscht die Beseitigung der Sonntagspost.

Abg. Dr. Katsch (Dem.) wünscht die Beseitigung der Sonntagspost.

Abg. Dr. Katsch (Dem.) wünscht die Beseitigung der Sonntagspost.

Abg. Dr. Katsch (Dem.) wünscht die Beseitigung der Sonntagspost.

Aus den Reichstagsausschüssen

Der Steuerausschuss

begann am Montag die Einzelberatung des Finanzausgleichs. Abg. Dr. Fischer (Dem.) beantragt, zunächst über die Dauer des Probatoriums zu entscheiden.

Abg. Nolte (Wirtsch. Ver.) gab die Erklärung ab, daß er sich bei den Anträgen der Stimme enthalten werde, da die Regierung zu seinen Forderungen in keiner Richtung genommen habe.

Abg. Reith (D. Vpt.) behält sich seine Entscheidung gleichfalls vor, da die Frage der Senkung der Realsteuern seiner Partei noch nicht genügend geklärt erscheine.

Ein Antrag der Regierungsparteien, den vorläufigen Finanzausgleich auf zwei Jahre zu verlängern, wird mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen.

Ein demokratischer Antrag, die Garantie von 2,6 auf 2,4 Milliarden herabzusetzen, wird abgelehnt, desgleichen ein Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, bei der Verteilung der 450 Millionen, die zur Unterstützung leistungsschwacher Länder und Gemeinden verwendet werden sollen, nicht ausschließlich nach dem Umsatzsteuermaßstab, sondern zum Teil auch nach dem Einkommensteuermassstab zu verfahren.

§ 4 des Finanzausgleichs erhält folgende Fassung: 1. Um die Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) infanzuhalten, ihre Aufgaben insbesondere auf sozialem und kulturellem Gebiete zu erfüllen, werden den Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbände), wenn sich ihre Anteile an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer insgesamt in den Rechnungsjahren 1927 und 1928 je auf weniger als 2600 Millionen RM. belaufen, die daran fehlenden Beträge aus Mitteln des Reichshaushalts zur Verfügung gestellt werden.

2. Aus dem Aufkommen an Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer wird für die Rechnungsjahre 1927 und 1928 je ein Betrag von 450 Millionen RM. nach den Vorschriften über die Verteilung der Umsatzsteuer verteilt.

3. Die Länder sollen bei der Beteiligung ihrer Gemeinden an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer insbesondere die Lage der kleineren schwachen Gemeinden (Gemeindeverbände) berücksichtigen.

Es entspinnt sich dann eine längere Debatte über den von den Regierungsparteien beantragten Zwang zur Senkung der Realsteuern durch die Länder.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) beantragt, diese „Soll“-Bestimmung in eine „Muß“-Bestimmung zu verwandeln. Der Antrag Dr. Fischer wird abgelehnt.

Annahme findet dagegen der Antrag der Regierungsparteien, der folgenden § 4a einzufügen will:

1. Die Länder sollen in ihren Bestimmungen über die eigene Realbesteuerung, über die Bemessung der Gemeindeanteile an Reichsteuern sowie über die eigenen Steuern der Gemeinden Vorzüge dafür treffen, daß die Mehrerträge der Überweisungen aus den Reichsteuern nicht über den Betrag von 2,4 Milliarden RM. hinausgehen, in erster Linie zur Senkung der Grund- und Gebäudesteuern und Gewerbesteuern unter das am 31. März 1927 gegebene Maß verwendet werden.

2. Bis zum 1. Oktober 1927 wird die Reichsregierung den Entwurf eines Rahmengesetzes zur Regelung der Realsteuern und des Geldwertverteilungsausgleichs bei bebauten Grundstücken vorlegen.

Abg. Meyer (Soz.) beantragt, die erhöhten Grunderwerbsteuereinzuläge der Gemeinden zur Abgeltung der noch nicht in Kraft getretenen Reizwachsteuer nicht nur bis zum 1. April 1927, sondern bis zum 1. April 1929 bestehen zu lassen.

Staatssekretär Dr. Popitz: Eine Grunderwerbsteuer von 7 Proz. ist reichlich hoch, und erscheint aus sozialen Gründen sehr bedenklich, denn sie steht dem Grundförderer zum Zwecke des Wohnungsbaues gerade durch Minderbemittele hinderlich im Wege.

Der Antrag Meyer (Soz.) wird abgelehnt. Es bleibt bei den Regierungsvorlagen, die die erhöhten Grunderwerbsteuereinzuläge der Gemeinden nur noch bis zum 1. April 1927 in Kraft lassen wollen.

Vor Eintritt in die Beratung über die Gemeindebezugsteuer verlegt sich der Ausschuss auf Dienstag.

Die Bilanzierung des Reichsetats

Der interfraktionelle Ausschuss des Reichstages, der sich mit der Bilanzierung beschäftigt, hielt am Montag eine Sitzung ab, an der auch Reichsfinanzminister Dr. Winterhagen teilnahm.

Der Frankf. Ztg. zufolge wurden bei den für Kanalbauten vorgesehenen Ausgabeposten wesentliche Abstriche vorgenommen. Die Folge wird sein, daß die Bauprogramme eine zeitliche Streckung erfahren.

Die Bilanzierung des Reichsetats wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses zur Sprache kommen.

Die Bilanzierung des Reichsetats wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses zur Sprache kommen.

Die Bilanzierung des Reichsetats wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses zur Sprache kommen.

Die Bilanzierung des Reichsetats wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses zur Sprache kommen.

Die Bilanzierung des Reichsetats wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses zur Sprache kommen.

Die Bilanzierung des Reichsetats wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses zur Sprache kommen.

Die Bilanzierung des Reichsetats wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses zur Sprache kommen.

bei, so ist nach Gebühr alles Wichtige kommentiert. Daß die Aufführung wirkungsvoller und gut vorbereitet ist, hat außerdem der reiche Beifall bestätigt, der besonders am Schluß sehr überzeugend klang.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus „Nordlandfahrer“. Ein Film von bezaubernder Schönheit führt uns in das herrliche Land Norwegen.

Badener Kunstausstellung. In Anwesenheit zahlreicher prominenter Persönlichkeiten, darunter Staatsrat Dr. h. c. Marum, der Referent für Kunst im Unterrichtsministerium, Reg.-Rat Dr. Weismann, und Oberbürgermeister Dr. Fischer, wurde am Samstag nach einer Ansprache des Prof. v. Wolfmann durch den Ministerialrat Dr. Schwoerer als Vertreter der Regierung die Ständige Kunstausstellung Baden-Baden eröffnet.

Evang. Kirchenchor. Dem bad. Evang. Landeskirchenchor angehörig sind jetzt 238 Vereine mit 10 461 Mitgliedern angeschlossen.

Evang. Kirchenchor. Dem bad. Evang. Landeskirchenchor angehörig sind jetzt 238 Vereine mit 10 461 Mitgliedern angeschlossen.

Evang. Kirchenchor. Dem bad. Evang. Landeskirchenchor angehörig sind jetzt 238 Vereine mit 10 461 Mitgliedern angeschlossen.

Evang. Kirchenchor. Dem bad. Evang. Landeskirchenchor angehörig sind jetzt 238 Vereine mit 10 461 Mitgliedern angeschlossen.

Evang. Kirchenchor. Dem bad. Evang. Landeskirchenchor angehörig sind jetzt 238 Vereine mit 10 461 Mitgliedern angeschlossen.

Evang. Kirchenchor. Dem bad. Evang. Landeskirchenchor angehörig sind jetzt 238 Vereine mit 10 461 Mitgliedern angeschlossen.

Evang. Kirchenchor. Dem bad. Evang. Landeskirchenchor angehörig sind jetzt 238 Vereine mit 10 461 Mitgliedern angeschlossen.

Räumungs-Verkauf wegen Geschäftsverlegung. Gelegenheitskäufe in 879. E. Büchle. Inhaber: W. Bertsch. KUNST-HANDLUNG. Kaiserstraße 128.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	22. März		21. März	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	168.44	168.86	168.49	168.91
Kopenhagen 100 Kr.	112.26	112.54	112.23	112.51
Stapel . . . 100 R.	19.17	19.21	18.99	19.03
London . . . 1 Pf.	20.439	20.489	20.441	20.493
Neupost . . . 1 D.	4.2095	4.2195	4.2095	4.2195
Paris . . . 100 Fr.	16.43	16.52	16.43	16.52
Schweiz . . . 100 Fr.	80.94	81.14	80.95	81.15
Wien . . . Schilling	59.21	59.35	59.20	59.34
Prag 100 Kr. 100	12.462	12.502	12.462	12.502

Landesbank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H. Am vergangenen Samstag, den 19. März 1927 hat die Bilanzierung der Landesbank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H. in Karlsruhe, die Zweigstellen in Mannheim, Freiburg i. Br. und Pforzheim unterzucht, stattgefunden. In ihr wurde über das Jahresergebnis berichtet und eine Dividende von wieder 10 Prozent wie im Vorjahre in Vorschlag gebracht.

Bereinsbank Offenburg. Nach dem nunmehr vorgelegten Geschäftsbericht beträgt der Gesamtumsatz 50 509 745 RM. (50 594 931). Der Reingewinn ist etwas höher als im Vorjahre und beläuft sich auf 56 931 RM. (51 233 RM.). Die Geschäftsumsätze der Mitglieder sind von 283 427 RM. auf 356 124 RM. gestiegen, die Spareinlagen von 593 062 RM. auf 915 946 RM. Der Mitgliederstand ist zur Zeit 2370. Aus dem Reingewinn sollen 10 Proz. Dividende verteilt werden.

Ein fester Konkurs. Eine Berliner Privatbank wies nach Anmeldung des Konkurses einen Massenbestand von 4 Pfennigen auf. Vorhandenen Effekten im Werte von etwa 1000 Mark stehen 62 000 Mark bevorrechtigte Forderungen und 14 Millionen Kundenforderungen gegenüber. Der Konkursantrag wurde mangels Masse abgelehnt. Die Kundschaft der Bank setzte sich hauptsächlich aus adeligen Kreisen zusammen.

Verschiedenes

Ein ununterbrochener Flug von 2770 Kilometer. Der Pilot der Junkerswerke, Schnäbele, stellte einen neuen Flugweltrekord im Streckenflug auf. Er flog ununterbrochen 22 Stunden, 11 Minuten und 45 Sekunden lang, und legte dabei 2770 Kilometer zurück und zwar mit einer Nutzlast von 500 Kilogramm. Der alte Weltrekord betrug 2300 Kilometer.

Bücheranzeigen

„Jeder Landwirt der Geburtshelfer seiner Haustiere“, von Dr. Lempen (Buchhandlung Wieland & Co., Böttingen [Baden]). — Das ca. 50 Seiten starke Büchlein, von einem praktischen Tierarzt verfasst, will die Landwirte, wie es in der Einleitung heißt, reiflich und zielficher in der Geburtshilfe anlernen. Jeder Landwirt könne ein erfolgreicher Geburtshelfer seiner Tiere werden. Das Buch behandelt vor allem das Pferd, doch sind auch das Rind und die anderen Haustiere mit ihren vom Rind abweichenden Eigenheiten behandelt. Alles ist knapp gehalten und durch lebenswahre Bilder illustriert. Die Bekannte des Buches ist besonders auch für jene Stunden empfehlenswert, in denen der Landwirt bei einem geburtsnahen Tier abwartet.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
Die Besetzung des Landesversicherungsamtes.

Das Staatsministerium hat unterm 11. März 1927 Nr. 2095 die Oberregierungsräte Karl Stehberger und Wilhelm Pfisterer im Ministerium des Innern zu ständigen Mitgliedern des Landesversicherungsamtes und den Oberregierungsrat Otto Schoch im Ministerium des Innern zum stellvertretenden Mitglied des Landesversicherungsamtes im Nebenamt, sowie den Oberlandesgerichtsrat Dr. Gustav Jolly für die Dauer seines Hauptamts zum richterlichen Mitglied und den Oberlandesgerichtsrat Dr. Otto Weipert für die Dauer seines Hauptamts zum stellvertretenden richterlichen Mitglied des Landesversicherungsamtes im Nebenamt ernannt.

Karlsruhe, den 13. März 1927.
Der Minister des Innern
J. B. Föhrenbach.

Bekanntmachung.
Die Wahl des Beirats des Landeskommissars in Konstanz.

Auf Grund einer von den Wahlberechtigten eingereichten gemeinsamen Wahlvorschlagsliste gelten nach der heute erfolgten Prüfung und Entscheidung des Wahlausschusses als Mitglieder des Beirats bei dem Landeskommissar in Konstanz hzm. als deren Stellvertreter die nachfolgend genannten Personen als gewählt:

- a) als Mitglieder des Beirats:
1. Dr. Melchior Mayer, Oberrechnungsdirektor in Konstanz,
2. August Bruttel, Stadtrat in Konstanz,

3. Fritz Benz, Gemeinderat in Meersburg,
4. Karl Kraut, Bürgermeister in Böhenbach,
5. Guido Lehmann, Oberbürgermeister in Billingen,
6. Jakob Rahn, Gemeinderat in Singen a. S.

b) als stellvertretende Mitglieder des Beirats:

1. Dr. Heinrich Emerich, Bürgermeister in Überlingen a. S.,
2. August Streicher, Altstadtrat in Konstanz,
3. Dr. Edmund Kaufmann, Bürgermeister in Singen a. S.,
4. Ewald Reil, Bürgermeister in Triberg,
5. Viktor Jaller, Stadtrat in Billingen,
6. Ludwig Nebler, Ratsschreiber u. Gemeinderat in Billingen.

Dies wir gemäß § 14 der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 27. Oktober 1922 über den Vollzug der Gemeindeordnung — Ges. u. B. 1. S. 797 — in der Fassung der B. D. vom 6. Dezember 1926 — Ges. u. B. 1. S. 298 — mit dem Anfügen öffentlich bekannt gemacht, daß die Wahlverfahren während einer Woche vom Erscheinen dieser Bekanntmachung im Staatsanzeiger ab in meinem Geschäftszimmer öffentlich aufliegen. Innerhalb der Auflegungsfrist kann die Wahl von jedem Wahlberechtigten wegen Verletzung der gesetzlichen Vorschriften beim Landeskommissar schriftlich oder mündlich zur Niederschrift mit sofortiger Bezeichnung der Beweismittel angefochten werden. Die Anfechtung der Wahl hindert nicht die einstweilige Berufung der Gewählten zum Dienst.

Konstanz, den 16. März 1927.
Der Badische Landeskommissar
für die Kreise Konstanz, Billingen und Waldshut:
Dr. Hartmann

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Zurückgesetzt:
Polizeikommissar Titus Strittmatter in Mannheim.
Ministerium des Kultus und Unterrichts
Entlassen auf Ansuchen:
Handelslehrer Dr. Arthur Lehmann in Mannheim.
Ministerium der Finanzen
Ernannt:
Hafenmeister Johann Scherer beim Hafensamt Mannheim zum Oberhafenmeister.
In den Ruhestand versetzt:
Förster Adam Sauer beim Forstamt Schönau bei Heidelberg.

An die Herren Bürgermeister in Baden



Das Buch von Dr. Lempen Jeder Landwirt der Geburtshelfer seiner Haustiere

wurde soeben allen Bürgermeisterämtern zugestellt. Verschmähen Sie nicht, das Buch zum Vorzugspreis von Mark 1.60 für Ihre Gemeinde zu sichern

Jede Gemeinde sollte mindestens 10 Exemplare, größere Gemeinden 20—30 Stück sofort bestellen, um speziell der jüngeren Generation ein wertvolles Anschauungsmaterial zu bieten

Bestellen Sie noch heute direkt bei der
Buchhandlung Weiland & Co.
Böttingen (Baden)

Einladung

für die
3. ordentliche Generalversammlung
der
Landesbank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H. Karlsruhe
am Samstag, den 9. April 1927, nachm. ¼ 4 Uhr
im großen Sitzungssaal der Karlsruher Lebensversicherungsbank A.-G. Karlsruhe, Kaiserallee 4.

Tagesordnung:

- Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr 1926, Vorlage der Vermögensaufstellung und der Gewinn- und Verlustrechnung.
- Genehmigung der Vermögensaufstellung, Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
- Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
- Bericht des Aufsichtsrats über die durch Herrn Verb.-Revisor Drems vorgenommene erste gesetzliche Revision.
- Festsetzung der Höhe der Vergütung an die Mitglieder des Aufsichtsrates.
- Aufsichtsratswahl.

Karlsruhe, den 19. März 1927.
Der Aufsichtsrat:
Dr. E. Weingart, Rechtsanwalt
Vorstand.

Die Vermögensaufstellung sowie die Gewinn- und Verlustrechnung liegen eine Woche vor der Generalversammlung in dem Geschäftsbüro der Genossenschaft zur Einsicht für die Genossen auf.

Schenkt Bücher zu jedem Fest!

Städt. Sparkasse (Öffentl. Sparkasse) Ettenheim i. B.

Bilanz auf 31. Dezember 1925.

Vermögen.	RM	Schulden.	RM
1. Massenbestand	3 535.44	1. Spareinlagen	501 457.84
2. Guthaben bei Girozentrale und Banken	14 124.51	2. Giroeinlagen	51 498.63
3. Wertpapiere	35.—	3. Anleihen- und andere Schulden	52 146.51
4. Wechsel	20 021.75	4. Ausgabeverbindlichkeiten	191.63
5. Darlehen auf Hypotheken	113 809.20	5. Reservefonds	26 586.60
6. Grundstückskaufgelder	35 310.—	7. Reingewinn vom Jahre 1925	28 176.39
7. Darlehen in laufender Rechnung an Private	317 062.13		
8. Darlehen auf Schuldscheine	127 810.45		
9. Lombarddarlehen	350.—		
10. Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	21 374.95		
11. Giroverbindlichkeiten	5.42		
12. Einnahmerückstände	6 547.—		
13. Grundstücke	71.—		
14. Gerätschaften	1.—		
	660 057.85		660 057.85

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus RM 552 956.47 Einlagen RM 44 236.48
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1925 RM 54 762.99
Somit mehr RM 10 526.51

Ettenheim, den 16. Januar 1927. R.135
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsleiter:
Marfo. Wagenheim.

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit.
Bretten, 14. 3. 1927.
Amtsgericht.

R.134. Bretten. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma G. Bender, Tabakfabrik und Rohfabrik in Dödelheim, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlussfassung über die Festsetzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigerausgleichsmitglieder Schlusstermin bestimmt auf: Dienstag, d. 12. April 1927, vormitt. 11 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, Zimmer Nr. 4.
Bretten, 16. 3. 1927.
Amtsgericht.

R.112. Bretten. Die Entmündigung des Pfl. Hipp Heinrich Dieter,

Landwirt in Gondelsheim, wegen Trunksucht ist aufgehoben.
Bretten, 14. 3. 1927.
Amtsgericht.

R.118. Durlach. In dem Konkursverfahren über d. Vermögen des Valentin Damian, hem. Fabrik in Durlach wurde Fürsorger Adam Raier in Durlach anstelle des seitherigen Verwalters Rechtsanwalts Moses in Durlach zum Konkursverwalter ernannt.
Durlach, 18. 3. 1927.
Amtsgericht II.
Der Gerichtsschreiber.

R.136. Laß. Im Konkursverfahren über d. Vermögen des Kaufm. Billy Raib, Inhabers d. Firma R. Scheidt & Co. in Laß, ist Termin zur Verhandlung über den vom Gemeinschuldner gemachten Zwangsvergleichsvorschlag bestimmt auf:

Dienstag, den 26. April 1927, vorm. 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Laß II, Stock Zimmer 31. Der Vergleichsvorschlag ist auf der Gerichtsschreiberei 3. Einsicht der Beteiligten niedergelegt. A. 3. II R 5/28.
Laß, 21. 3. 1927.
Bad. Amtsgericht.

Verf. Bekanntmachungen

Die Fischereigenossenschaft der Seebach verpachtet auf dem Rathaus in Redargerach am Mittwoch, den 30. März 1927, vorm. 11 Uhr, die Ausübung der Fischereifischerei usw. in der See- und Weibach mit der Gesamtwasserfläche v. 24 228 qm, auf den Zeitraum von 12 Jahren, beginnend am 1. Mai 1927. Der hiesige Ort liegt unmittelbar an der Eisenbahn Heidelberg-

Büdingen und das herrlich gelegene Seebachtal ist das ganze Jahr durch eine schön angelegte Straße zugänglich.
Namens der Genossenschaft:
Büdingen,
Baustr.
Stelz, Ratsh. G.



Badisches Landestheater
Mittwoch, 23. März 1927
*C 20 Lh.-Gem. 601—700 und 801—900

Bonaparte

Von Fritz von Urruh.
In Szene gesetzt von Felix Baumbach.

Schichtholz und Stangen-Verkauf.

Das Forstamt Herrenwies in Forbach (Baden) versteigert am Dienstag, den 20. März d. J., nachmittags ¼ 1 Uhr, im Gasthaus zum Auerbach in Herrenwies: 1770 Ster Buchenscheiter, 810 Ster Nadelweiden, 810 Ster Nadelweiden, sowie 230 Ster Papierholz. Das Holz wird vorgezeigt durch Förster Dingler in Herrenwies (Post Wühlerthal), Oberförstwart Baunecht und Herzog in Gundelsbach (Post Wühlerthal) und Forstwart Wittmann in Erbersbronn (Post Forbach). Im Anschluß an die Schichtholzversteigerung werden aus Art. I 52 (Oberforstwart Durlach) versteigert: 420 Stk. Bauhölzer, 400 St. Hagstangen, 1000 St. Dopfenstangen u. 400 St. Rebscheiden. R.105

Güterrechtsregister.

Bretten. R.111
Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 50: Buchardt, Wilh., Landwirt in Gondelsheim, u. Christiana Barbata geb. Schäfer, Vertrag vom 7. Dezember 1926. Gütertrennung.
Bretten, 15. 3. 1927.
Amtsgericht.

Bereinsregister.

Ettlingen. R.104
Zum Vereinsregister wurde heute unter D.-R. 88 eingetragen: Musikverein Ettlingen in Ettlingen.
Ettlingen, 17. 3. 1927.
Amtsgericht

Detektiv-Institut

„Argus“ Mannheimer
O. 6. 6
Plancken
Telefon 33505
A. Maler & Co., G.m.b.H.

Resi-denz
Lichtspiele
Waldstraße 190
Fortsetzung von
Im weißen Röhl
Frei nach dem Schwank
Als ich wiederkam